

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1331

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1331



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

DELEGIERTENVERSAMMLUNG 25.05.2018

Rede von Paul Rechsteiner zur Eröffnung der Delegiertenversammlung

Diese Delegiertenversammlung - es ist die letzte vor dem grossen Kongress Ende November/anfangs Dezember – befasst sich schwerpunktmässig mit zwei Themen: Dem Service Public und der Lohngleichheit.

Zum Service Public: Wir können auf einen grossen Abstimmungssieg gegen No Billag am 4. März dieses Jahres zurückblicken. Wieder einmal hat sich bestätigt, dass der Service Public in der Bevölkerung viel stärker verankert ist als im Bundeshaus. Und erst recht viel stärker als in den meisten gedruckten Medien, wo die Verleger das Sagen haben.

Die kapitale Niederlage von No-Billag hindert die Feinde des Service Public allerdings nicht, ihre Liberalisierungsvorstellungen auch in Zukunft durchdrücken zu wollen. Mit dieser Delegiertenversammlung wollen wir einen Kontrapunkt setzen. Die Schweiz braucht nicht weniger, sondern mehr Service Public. Im Interesse der Regionen. Im Interesse der breiten Bevölkerung. Für die Erschwinglichkeit der öffentlichen Leistungen. Und für anständige Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für einen guten Service Public.

Vorwärts gehen muss es – endlich - auch mit der Lohngleichheit. Das ist das grosse Kampagnethema dieses Jahres. Wir brauchen neuen Schub. Wie die neueste Lohnstrukturerhebung gezeigt hat, ist der Aufholprozess ins Stocken geraten. Seit 2014 ist der Lohnrückstand der Frauen nur noch um ein halbes Prozent zurückgegangen. So kann es nicht weitergehen. Für die Gewerkschaften hat der Kampf gegen die Lohnungleichheit hohe Priorität.

In der Lohnfrage muss dieses Jahr überhaupt wieder etwas gehen. Die wirtschaftliche Ausgangslage ist günstig. Es braucht wieder mehr generelle Lohnerhöhungen. Bewegung braucht es bei den Mindestlöhnen. Und vor allem bei den Löhnen der Normalverdienenden, insbesondere bei den Berufsleuten mit Lehre. Sie sind zu lange stehen geblieben. Es ist schön, dass die Bundesräte und die Wirtschaftsverbände das System der Berufslehre bei jeder Gelegenheit preisen. Noch schöner wäre es, wenn sich dieses Lob endlich auch wieder beim Lohn auszahlt.

Der Schlüssel für die Lohnpolitik sind die Gesamtarbeitsverträge. Umso bedenklicher sind die Angriffe, mit denen unsere Kolleginnen und Kollegen vom Bau und bei den SBB derzeit konfrontiert sind. Wenn es hier in den nächsten Monaten keine Lösungen gibt, werden wir einen heissen Herbst erleben. Denn das Rentenalter 60 auf dem Bau ist eine grosse Errungenschaft und die schlagende Antwort auf die schreiende Ungleichheit vor der Lebenserwartung und dem Tod.

Und die Spitze der SBB hat vielleicht nicht begriffen, dass wenn es seit 1918, seit dem Generalstreik, bei der Bahn keine Arbeitskämpfmassnahmen mehr gegeben hat, das nicht immer so bleiben muss. Wie der Fall Generali letztes Jahr gezeigt hat, können sogar Versicherungsangestellte streiken, denen man das nie zugetraut hätte, wenn man es mit ihnen zu weit treibt.

Damit erkläre ich die 296. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds für eröffnet.